



8

Japan und China:

Japan als „First Responder“
angesichts des Aufstiegs Chinas

Shinji YAMAGUCHI

Einleitung

Japan und China sind eng benachbart. Zwar werden sie durch einen Ozean getrennt, der zwischen ihnen jedoch relativ schmal ist, weshalb sie sich seit der Antike auf unterschiedliche Weise gegenseitig beeinflusst haben. Einerseits pflegen sie eine für beide Seiten wichtige enge wirtschaftliche und soziale Bindung, andererseits sind sie intraregionale Rivalen in Bezug auf Politik und Sicherheit, was sich erheblich auf die indopazifische Region auswirkt.

Die Bedeutung der japanisch-chinesischen Beziehungen geht über Asien hinaus. Der Aufstieg Chinas zur Großmacht hat die Welt vor eine Reihe von Schwierigkeiten gestellt, die den Umgang damit betreffen – darunter Sicherheitskonflikte und wirtschaftliche Interdependenz als Druckmittel. Japan kann in dieser Frage als fortschrittlicher Staat betrachtet werden, denn aufgrund seiner geografischen und historischen Nähe zu China hat es früher als die westlichen Nationen entsprechende Konfrontationen und Auseinandersetzungen mit diesem Land erlebt.

Die japanisch-chinesischen Beziehungen haben sowohl Zeiten der Freundschaft als auch der zunehmenden Konflikte durchlaufen. Im Allgemeinen bestand von den 1970er bis zu den frühen 1990er Jahren eine bemerkenswerte Freundschaft zwischen China und Japan, in der die unterschiedlichsten Probleme erfolgreich bewältigt wurden. Ab Ende der

1990er Jahre fingen diese Beziehungen jedoch an, sich zu destabilisieren, sodass seit 2012 versucht wird, diese vor allem in Hinblick auf Sicherheitskonflikte im Gleichgewicht zu halten.

In diesem Beitrag werden zum einen die bisherige Entwicklung der japanisch-chinesischen Beziehungen und die wichtigsten Faktoren untersucht, die diese beeinflusst haben. Zum anderen werden die von Japan verfolgte China-Politik sowie diesbezügliche aktuelle Herausforderungen analysiert.

Historischer Hintergrund (Entwicklung der japanisch-chinesischen Beziehungen)

(1) Beeinflussende Faktoren in den japanisch-chinesischen Beziehungen

Welche Faktoren haben die Beziehungen zwischen Japan und China beeinflusst? Hierbei sind folgende fünf zu nennen, die einen enormen Einfluss auf die bisherige Entwicklung ausgeübt haben.

Der erste Faktor liegt im Machtgleichgewicht. Seit Beginn der Reform- und Öffnungsphase konnte China ein hohes Wirtschaftswachstum erzielen; so hat es das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Japans im Jahr 2010 überholt und im Jahr 2020 sogar dessen dreifache Höhe erreicht. Der Verteidigungsetat Chinas war 2020

fast viermal so hoch wie der des japanischen Staates. Dieses Machtgefälle zwischen Japan und China wird vermutlich auch in Zukunft weiter wachsen. Die Frage, wie Japan dem immer mächtiger werdenden China gegenübersteht, ist ein zentrales Thema in der japanischen Außenpolitik.

Der zweite Faktor ist die USA. Die USA sind der wichtigste externe Faktor, der die japanisch-chinesischen Beziehungen beeinflusst. Als Verbündete Japans mit gemeinsamen Werten und strategischen Interessen bilden sie die Achse der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Allerdings herrscht in Japan schon immer die Sorge, von den USA im Stich gelassen zu werden; man befürchtet, die USA könnten stattdessen Beziehungen zu China aufnehmen oder Japan in ihre harte Politik gegenüber China hineinziehen.

Bis auf eine kurze Zwischenphase wird die USA von China seit jeher als größte Bedrohung angesehen. Die USA werden dabei als eine Instanz betrachtet, die militärische Eindämmung und Druck zur Demokratisierung auf China ausüben und sogar in Bezug auf die Taiwan-Frage intervenieren könnte. Auf der anderen Seite haben die USA und China in ihrer Strategie gegenüber der Sowjetunion in den 1970er Jahren gut zusammengearbeitet und ihre wirtschaftliche Interdependenz Mitte der 2000er Jahre weiter vertieft, wodurch es schien, als ob sich die strategische Kooperation dieser beiden Länder

unterstützend auf die Weltordnung auswirken würde. Seit den 2010er Jahren jedoch verdichtete sich die japanisch-amerikanische Allianz im Zuge der sich verschärfenden japanisch-chinesischen und amerikanisch-chinesischen Konflikte, wodurch ein klarer Trend des Ausgleichens gegenüber China erkennbar wurde.

Der dritte Faktor liegt in der wirtschaftlichen Interdependenz. Im Jahr 2007 hat China die USA als größten Handelspartner Japans überholt und im Jahr 2020 machte Handel mit China 23,9 % des japanischen Handelsvolumens aus. Darüber hinaus ist Japan der zweitgrößte Handelspartner für China und sein viertgrößtes Investitionsland. Obwohl die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern politisch nicht immer reibungslos verlaufen sind, hat sich die wirtschaftliche Interdependenz zwischen ihnen vertieft. Grund hierfür ist die (hauptsächlich japanische) Denkweise, dass es möglich sei, Politik und Wirtschaft voneinander zu trennen, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu vertiefen. Die wirtschaftliche Interdependenz wurde als Sicherheitsventil für politische und sicherheitsbezogene Konflikte angesehen.

In den letzten Jahren ist diese wirtschaftliche Abhängigkeit jedoch zu einem politischen Druckmittel des Staates geworden. China macht zunehmend von wirtschaftlichen Waffen Gebrauch, indem es damit den Druck auf seine Gegenspieler erhöht. In Japan ist man

sich der potenziellen Probleme, die eine wirtschaftliche Abhängigkeit von China mit sich bringt, bereits frühzeitig bewusst geworden.

Der vierte Faktor ist das Sicherheitsproblem. Ab den 2010er Jahren rückten Sicherheitsprobleme in den Mittelpunkt der japanisch-chinesischen Beziehungen. Aus japanischer Sicht zeigen sich die chinesischen Sicherheitsbedrohungen in den folgenden Aspekten. Einer davon liegt im Akt der Unterdrückung in sogenannten Grauzonen-Bereichen – d. h. in Situationen, die nicht zum Krieg führen. Durch das wiederholte Eindringen der chinesischen Seewache in die Anschlusszonen sowie Hoheitsgewässer der Senkaku-Inseln (fünf unbewohnte Inseln, ca. 150 km von der Insel Yonaguni entfernt) hat China versucht, die De-facto-Herrschaft über dieses Territorium zu erlangen.

Die Senkaku-Inseln wurden im Jahr 1895 in das japanische Territorium eingegliedert, nachdem Japan sich vergewissert hatte, dass keine territorialen Ansprüche gegenüber diesen unbewohnten Inseln bestehen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die Senkaku-Inseln zunächst von den USA verwaltet, bevor sie 1972 mit der Rückgabe von Okinawa an Japan zurückgingen. Im Jahr 1968 erregten die Senkaku-Inseln Aufmerksamkeit, als eine Studie der UN-Wirtschaftskommission für Asien und den fernen Osten auf potenziell große Offshore-Ölfelder in diesem Gebiet hinwies, weshalb China

1970 im Anschluss an Taiwan Anspruch auf diese Inseln erhob. Doch erst in den späten 2000er Jahren kam China diesbezüglich ins Handeln. In den 2010er Jahren erhöhten sie ihren Druck und machten eine De-facto-Herrschaft über dieses Territorium geltend.

Ein weiterer Grund dafür lag in den verstärkten Aktivitäten der chinesischen Volksbefreiungsarmee um Japan herum. In den 2000er Jahren beschleunigte China die Modernisierung seiner militärischen Stärke, insbesondere durch eine enorme Verbesserung der Fähigkeiten seiner See- und Luftstreitkräfte. Die Volksbefreiungsarmee konnte so ihr Einsatzgebiet, das bisher auf das Gebiet um das chinesische Festland beschränkt war, erheblich erweitern.

Der fünfte Aspekt schließlich liegt in der Innenpolitik und den historischen Streitfragen beider Länder. Es liegt in der Natur der japanisch-chinesischen Beziehungen, dass sie sich leicht mit der Innenpolitik des jeweiligen Landes verknüpfen lassen. Dies ist weitgehend auf die historischen Ereignisse in diesen Ländern zurückzuführen. Vor allem die Erinnerung an die Niederlage im Ersten Japanisch-Chinesischen Krieg sowie an die Invasion durch Japan im Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg waren für die Gründung der chinesischen Nation von großer Bedeutung. Von den späten 1980er bis zu den 2000er Jahren nahmen die historischen Streitfragen zwischen Japan und China verhältnismäßig stark zu. Besonders problematisch gestalteten

sich die Besuche der japanischen Premierminister im Yasukuni-Schrein. Da im Yasukuni-Schrein sowohl gefallene Soldaten aus jüngsten Kriegen als auch Kriegsverbrecher der Kategorie A geehrt werden, führen Besuche der Premierminister sowohl innen- als auch außenpolitisch schnell zu Kontroversen.

Die Stabilität der Autorität der Führungspersönlichkeiten beider Länder trägt ebenfalls zur Stabilität der japanisch-chinesischen Beziehungen bei, weshalb sie unter einer schwachen Führung leicht ins Wanken kommen. Für die chinesische Führung kann es ein innenpolitisches Risiko bedeuten, als japanfreundlich wahrgenommen zu werden. Auch die japanische Innenpolitik wirkt sich auf die Politik gegenüber China aus. Im Fall Japans haben fortlaufend kurze Regierungen und häufige Regierungswechsel zu dem Problem geführt, dass diese China-Politik so instabil ist.

(2) Entwicklung der japanisch-chinesischen Beziehungen

Nach der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen im Jahr 1972 bis zum Ende des Kalten Krieges bestand ein stabiles und freundliches Verhältnis zwischen Japan und China. Dieses wurde durch folgende zwei Faktoren ermöglicht.

Erstens schuf man eine Kooperation zwischen den USA, Japan und China gegen den gemeinsamen Feind, die Sowjetunion. Aufgrund dieses

gemeinsamen Feindes näherten sich die zuvor verfeindeten USA und China einander an und die japanisch-amerikanische Allianz wurde nicht länger als gegen China gerichtet eingestuft.

Zweitens ist Japan der Ansicht, dass es in seinem eigenen Interesse liegt, China in die internationale Gemeinschaft einzubinden. Die japanische Führung ist seit langem davon überzeugt, dass ein modernisiertes und stabiles China zu einer friedlichen Weltordnung und damit auch zur Sicherheit des japanischen Staates beitragen würde. Als im Rahmen des Tian'anmen-Massakers im Jahr 1989 internationale Sanktionen gegen China verhängt wurden, setzte sich Japan als erstes für die erneute Aufhebung dieser Sanktionen ein; denn dort war man der Meinung, dass die Isolierung Chinas für die internationale Gemeinschaft nicht förderlich sei.

Das Ende des Kalten Krieges führte dazu, dass diese stabilen Beziehungen sich allmählich änderten. Zum einen verschwand mit der Auflösung der Sowjetunion der gemeinsame potenzielle Feind. Nach dem Ende des Kalten Krieges führten Japan und die USA ihre Allianz fort und definierten sie als eine Art System, das für regionale Stabilität sorgte. China befürchtete, dass diese Allianz sich erneut gegen das eigene Land richten würde.

Zusätzlich kamen Ende der 1990er Jahre auch große, historische Streitfragen zum Vorschein. In China versuchte man im

Rahmen einer patriotischen Erziehung, die Kohäsionskraft des Nationalismus zu nutzen, um die Herrschaft der dortigen Kommunistischen Partei nach dem Kalten Krieg zu stabilisieren. Die Geschichte des Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieges stellte das wichtigste Thema zur Stärkung des Patriotismus dar – und Japan erwies sich als leichtes Ziel. Im Jahr 2005 fanden groß angelegte antijapanische Demonstrationen statt, die sich gegen die Aufnahme Japans als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der UN richteten. So wuchs auf japanischer Seite die Abneigung gegen den chinesischen Staat, der bei jeder Gelegenheit historische Streitfragen thematisierte und wiederholt Entschuldigungen forderte.

Andererseits erwies sich das chinesische Wirtschaftspotenzial als immens und mit dem Beitritt Chinas zur Welt handelsorganisation (engl. *World Trade Organization*, kurz WTO) im Jahr 2001 nahmen die Investitionen japanischer Unternehmen in China zu. Die wachsende chinesische Wirtschaft stellte in der Tat einen wichtigen Aspekt für die wachstumsschwache Wirtschaft Japans dar. Der Kontrast zwischen den sich erwärmenden wirtschaftlichen Verhältnissen und den sich abkühlenden politischen Verhältnissen zwischen den beiden Ländern wurde mit den Worten „kühle politische und heiße wirtschaftliche Beziehung“ bezeichnet.

Die Herausforderung für die japanisch-chinesischen Beziehungen in den 2000er Jahren bestand darin, diese

unbeständige Situation zu stabilisieren. Im Oktober 2006 besuchte der neu ernannte Premierminister Shinzo Abe China im Rahmen seiner ersten Auslandsreise und vereinbarte den Aufbau einer „strategischen Beziehung zum gegenseitigen Nutzen“. Dies sollte sicherstellen, dass Japan und China keine gegenseitige Sicherheitsbedrohung darstellen und die Zusammenarbeit für langfristige friedliche und freundschaftliche Beziehungen in Bereichen wie Energie und Umwelt gefördert wird. Symbolisch dafür vereinbarten die beiden Länder im Juni 2008 die Erschließung gemeinsamer Gasfelder im Ostchinesischen Meer. Eine strategische Beziehung zum gegenseitigen Nutzen wurde jedoch nur selten realisiert. China erschloss die Gasfelder auf eigene Faust – ohne ein gegenseitiges Einverständnis.

Ab 2010 wurde die Sicherheit zu einem Schwerpunktthema zwischen Japan und China. Als ein chinesisches Fischerboot im September 2010 vor den Senkaku-Inseln wiederholt ein Patrouillenboot der japanischen Küstenwache rammte und der Kapitän des chinesischen Fischerboots dabei festgenommen und inhaftiert wurde, betrachtete China dies als verstärkte japanische Kontrolle über die Senkaku-Inseln und reagierte mit heftigem Widerstand.

Zudem schränkte es die Ausfuhr seltener Erden nach Japan faktisch ein. Dies erwies sich insofern als neuartige Entwicklung, als dass China nun versuchte, die wirtschaftlichen Beziehungen zur

politischen Einflussnahme zu nutzen; bisher waren Wirtschaftsbeziehungen auch bei schlechten politischen Verhältnissen stets aufrechterhalten worden. Gleichzeitig bedeutete es, dass China allmählich begann, sich von der Marktwirtschaft und einer nach außen gerichteten Öffnung abzuwenden und sich stärker auf die nationale Sicherheit zu konzentrieren.

Im Jahr 2012 unternahm der als Nationalist bekannte Gouverneur der Präfektur Tokyo, Shintaro Ishihara, einen Vorstoß zum Kauf der Senkaku-Inseln durch die Präfektur Tokyo. Die japanische Regierung nahm an, dass die Situation dadurch noch komplizierter werden würde, sodass sie beschloss, die Senkaku-Inseln selbst zu kaufen, um die Lage wieder zu stabilisieren. China reagierte darauf mit großem Widerstand, indem es regelmäßig Schiffe in öffentlichem Auftrag in das Gebiet der Senkaku-Inseln entsandte und heftige antijapanische Demonstrationen zuließ, durch die sich die Kritik gegenüber Japan verschärfte. Es wird vermutet, dass die Reaktion Chinas in Bezug auf die Senkaku-Inseln zu ebendieser Zeit von einem Zusammenspiel zwischen der innenpolitischen Instabilität und dem Übergang von der Regierung unter Staatspräsident Hu Jintao zu Staatspräsident Xi Jinping beeinflusst worden war. Im Anschluss daran wurden die sicherheitspolitischen Konflikte zwischen diesen beiden Ländern deutlich.

Aktueller Stand und Herausforderungen

(1) Die Regierung unter Premierminister Abe und die Ausarbeitung ihrer China-Politik

Erst nach der zweiten Regierungszeit unter Premierminister Abe wurde die bis heute gültige Grundlinie der China-Politik festgelegt. In diesem Abschnitt möchte ich analysieren, wie ebendiese China-Politik aussah und vor welchen neuen Herausforderungen die nachfolgenden Regierungen unter Premierminister Suga und Premierminister Kishida standen bzw. stehen.

Die zweite Regierungszeit unter Premierminister Shinzo Abe begann 2012 und entwickelte eine China-Politik, mit der man stabile Beziehungen auf wirtschaftlicher Basis aufbauen und den Sicherheitsbedrohungen Chinas entgegenwirken wollte. Zu den harten Maßnahmen, mit denen die Regierung unter Premierminister Abe diesen chinesischen Sicherheitsbedrohungen entgegentrat, gehörten die Stärkung der Landesverteidigung und der japanisch-amerikanischen Allianz sowie multilaterale Bemühungen wie der „Freie und offene Indopazifik“ (FOIP).

Zunächst kam die Stärkung der Landesverteidigung. Die Regierung unter Premierminister Abe überarbeitete die Nationale Verteidigungsgrundlage und

legte den Schwerpunkt auf die Verteidigung der japanischen Nansei-Inseln sowie auf den Umgang mit Vorfällen in der Grauzone. Natürlich handelte es sich bei dieser Politik um eine Reaktion auf die chinesische Expansion.

Der nächste Schritt lag in der Stärkung der japanisch-amerikanischen Allianz. Die Regierung unter Premierminister Abe fuhr damit fort, gegenüber den USA im Zusammenhang mit dem problematischen Verhalten Chinas Überzeugungsarbeit zu leisten. Die USA wurden gegenüber der hartnäckigen Haltung Chinas, die es in den Weltmeeren an den Tag legte, zunehmend wachsam. In einer gemeinsamen Erklärung zwischen Japan und den USA, die während eines Japanbesuchs von Präsident Obama im April 2014 veröffentlicht wurde, heißt es eindeutig, dass die Senkaku-Inseln unter den Geltungsbereich von Artikel 5 des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags fallen, sodass auch die Verteidigung dieser Inseln durch eben diese Allianz abgedeckt ist. Im Jahr 2015 wurden neue „Richtlinien der japanisch-amerikanischen Wehrkooperation“ festgelegt, in denen nahtlose Reaktionsmaßnahmen – die auch den Umgang mit Vorfällen in Grauzonen enthielten – verkündet wurden. Premierminister Abe gelang es außerdem, ein persönliches Verhältnis zu Präsident Trump im Jahr 2017 bei dessen Amtsantritt aufzubauen, der sich Verbündeten gegenüber eher misstrauisch zeigte.

An dritter und letzter Stelle stand die Gründung des FOIP. Es handelt sich dabei um ein Konzept zur Förderung der multilateralen Zusammenarbeit, um Frieden und Stabilität in den Weltmeeren zu sichern, Grundsätze für die Rechtsstaatlichkeit, die Freiheit der Schifffahrt und den Freihandel festzulegen und durch eine stärkere Vernetzung für wirtschaftlichen Wohlstand zu sorgen. Der Quadrilaterale Sicherheitsdialog (QUAD) wurde dabei als neuer Rahmen für die Zusammenarbeit hervorgehoben. Ebenso hat die Zusammenarbeit mit europäischen Ländern wie dem Vereinigten Königreich und Frankreich im indopazifischen Raum für weitere Fortschritte gesorgt.

Auf der anderen Seite besaß die Regierung unter Premierminister Abe eine pragmatische Flexibilität und bemühte sich darum, die bilateralen Beziehungen zu China im Rahmen einer auf umfassende Ausgewogenheit ausgerichteten China-Politik zu stabilisieren.

Premierminister Abe besuchte den Yasukuni-Schrein im Dezember 2013; dies war allerdings sein letzter Besuch während seiner Amtszeit. Dies beruhigte zumindest die historische Streitfrage im Zusammenhang mit den japanisch-chinesischen Konflikten und sorgte für einen stabileren Wettbewerb. Im November 2014 fand zum ersten Mal seit 2012 ein Gipfeltreffen zwischen den beiden Ländern statt, in dem ein Vier-Punkte-Abkommen zur weiteren Stabilisierung der Beziehungen verkündet wurde.

Dieses sollte unvorhergesehene Eskalationen verhindern, indem es einen Mechanismus zur Krisenbewältigung einführte und gleichzeitig die unterschiedlichen Ansprüche beider Länder in Bezug auf Streitfragen anerkannte. Nach langen und zähen Verhandlungen wurde im Juni 2018 ein See-Luft-Kommunikationsmechanismus zwischen den Verteidigungsbehörden ins Leben gerufen, der ein entsprechendes Krisenmanagementsystem verkörpern sollte.

Ebenso war die Regierung unter Premierminister Abe der Ansicht, dass das wirtschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Ländern zur Stabilisierung der japanisch-chinesischen Beziehungen beitragen würde. Insbesondere wurde davon ausgegangen, dass beide Länder wirtschaftlich von Japans teilweiser Kooperation im Zusammenhang mit Chinas Konzept der „Neuen Seidenstraße“ profitieren könnten. Im Mai 2017 nahm Toshihiro Nikai, Generalsekretär der Liberaldemokratischen Partei, am Forum der „Neuen Seidenstraße“ teil und übergab Staatspräsident Xi Jinping ein Unterstützungsschreiben von Premierminister Abe, in dem dieser zur Wiederaufnahme gegenseitiger Besuche zwischen den Staatsoberhäuptern aufrief. Im Juni schließlich erklärte Premierminister Abe die Zusammenarbeit in Bezug auf das Konzept der „Neuen Seidenstraße“. Dies führte im Oktober 2018 zum ersten Mal nach sieben Jahren dazu, dass ein japanischer Premierminister das chinesische Festland besuchte.

Diese Stabilisierung der Beziehungen zu China fand inmitten der amerikanisch-chinesischen Konflikte statt, die sich aufgrund der harten Maßnahmen gegenüber China durch die Regierung unter Präsident Trump ab 2018 weiter verschärften. Unter diesen erschwerten Bedingungen hielt Japan sowohl eine enge japanisch-amerikanische Allianz als auch ein stabiles Verhältnis zu China aufrecht.

(2) Herausforderungen der China-Politik unter den Regierungen von Premierminister Suga und Premierminister Kishida

Die Regierungen unter Premierminister Suga (von September 2020 bis Oktober 2021) und Premierminister Kishida (ab Oktober 2021) haben die grundsätzliche China-Politik der Regierung unter Premierminister Abe übernommen; dennoch sind neue Diskussionsthemen und Herausforderungen zum Vorschein gekommen. An dieser Stelle möchte ich die drei wichtigsten Diskussionsthemen aufgreifen.

Sicherheit im Zusammenhang mit der Taiwan-Frage

Ein zunehmend kontroverses Problem in Bezug auf die Sicherheit zeigt sich in der Taiwan-Frage. China hatte Taiwan gegenüber stets einen friedlichen Kurs verfolgt, durch den die wirtschaftliche Integration gefördert und damit eine politische Vereinigung erreicht werden sollte. Wie

die Regierung unter Staatspräsidentin Tsai Ing-wen seit 2016 erkennen lässt, ist Taiwan mit einem solchen Weg der Wiedervereinigung jedoch nicht einverstanden, was die Grenzen dieses Kurses aufzeigt. Gleichzeitig hat China die Option einer gewaltsamen Wiedervereinigung Taiwans keinesfalls aufgegeben. Die zunehmende Modernisierung der Volksbefreiungsarmee und die wachsende Kluft zwischen der militärischen Stärke Chinas und Taiwans führen dazu, dass ein Einsatz ihrer militärischen Stärke von der chinesischen Seite aus immer wahrscheinlicher wird.

In der gemeinsamen Erklärung im Rahmen des Gipfeltreffens zwischen Premierminister Suga und Präsident Biden im April 2021 wurde die Bedeutung von Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße betont und eine ausdrückliche Forderung nach einer friedlichen Lösung für die Frage der chinesisch-taiwanischen Beziehungen geäußert. Es war das erste Mal seit 1969, dass im Rahmen eines japanisch-amerikanischen Gipfeltreffens die Taiwan-Frage zur Sprache kam. Bisher wurden der Frieden und die Stabilität in der Taiwanstraße nur im beratenden Sicherheitsausschuss zwischen Japan und den USA („2+2“) thematisiert und die Taiwan-Frage stellte einen Teil der japanisch-amerikanischen Allianz dar. Es ist jedoch bezeichnend, dass dieses Thema im Zuge der Modernisierung der militärischen Stärke Chinas und dem aktiven Engagement in der Taiwanstraße auf dem Gipfeltreffen erneut zum Ausdruck gebracht wurde.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit würde Japan aufgrund der dortigen Stützpunkte des US-Militärs in eine Taiwan-Krise verwickelt werden. Darüber hinaus nimmt auch die Bedeutung Taiwans in militärischen, politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten stetig zu. Taiwan ist aufgrund seiner Lage zwischen dem Ostchinesischen und Südchinesischen Meer sowie dem Westpazifik von geographisch großer Bedeutung. Außerdem verfügt es über ein ausgereiftes demokratisches System und spielt eine wichtige Rolle bei der Herstellung von Halbleitern. Allerdings sind die Fähigkeiten und die Rechtsgrundlage für eine Einmischung Japans in die Angelegenheiten Taiwans begrenzt und werden von chinesischer Seite genau beäugt, weshalb dieses Problem für Japan ein wichtiges Diskussionsthema darstellt.

Wirtschaftliche Sicherheit

In den letzten Jahren ist die wirtschaftliche Sicherheit für Japan zu einem zentralen Thema geworden. Grund hierfür sind die Versuche Chinas, die wirtschaftliche Interdependenz als Druckmittel einzusetzen und auf verschiedene Weise Einfluss zu nehmen, sowie die immer deutlicher werdende Entkopplung zwischen den USA und China im Bereich der Spitzentechnologien; außerdem das Risiko von Lieferketten-Schwachstellen aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Japan war schon früh mit den Risiken konfrontiert, die sich aus der

wirtschaftlichen Interdependenz mit China ergaben. Beispiele hierfür sind die bereits erwähnten Einschränkungen bei der Ausfuhr seltener Erden sowie der Schaden, der den in China ansässigen japanischen Unternehmen durch dortige antijapanische Demonstrationen entstanden ist. Als diesbezügliche Reaktionsmaßnahme haben die japanischen Unternehmen eine Strategie namens „China+1“ verfolgt, mit der eine übermäßige Abhängigkeit von China vermieden werden soll.

Die Regierungen unter Premierminister Suga und Premierminister Kishida haben mit Überlegungen begonnen, solche Risiken auf nationaler Ebene zu bekämpfen. Im Mai 2022 erließ Japan das Gesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Sicherheit. Es fordert eine stärkere Autonomie der wesentlichen Infrastruktur und strategisch wichtiger Güter sowie eine höhere Widerstandsfähigkeit der Lieferkette.

Die Herausforderung für die Zukunft besteht darin, das richtige Gleichgewicht zu finden, bei dem ein großer Wert auf die wirtschaftliche Sicherheit gelegt wird und gleichzeitig die Grundsätze des Freihandels gewahrt bleiben. Für Japan, das von dem System des Freihandels profitiert hat, wäre es wenig wünschenswert, wenn die Achtung der wirtschaftlichen Sicherheit zu uneingeschränktem Protektionismus führen würde.

Unterschiede im Regierungssystem und den Werten

China ist ein Staat, der von der Kommunistischen Partei Chinas regiert wird und sowohl ein anderes Regierungssystem als auch andere Werte als die westlichen Länder vertritt. Dort wurde seit jeher eine Einparteienherrschaft ebendieser Kommunistischen Partei unterstützt und die nationale Sicherheit über die allgemeinen Menschenrechte gestellt. Mit dem Fortschreiten der Reform- und Öffnungspolitik nahm die gewaltsame Unterdrückung der Menschenrechte jedoch allmählich ab, sodass die westlichen Länder trotz des weiterhin autoritären Regimes eine Modernisierung und einen Wandel hin zu einem sanfteren humanistischen Autoritarismus erwarteten.

Die Regierung unter Staatspräsident Xi Jinping hat jedoch die Sicherheit des Staates und der Kommunistischen Partei Chinas an erste Stelle gesetzt und die Repression gegenüber der Gesellschaft infolgedessen verstärkt. Außerdem hat sie die Beaufsichtigung von Menschenrechtsaktivisten und Nichtregierungsorganisationen (NRO) verschärft und die Unterdrückung religiöser und ethnischer Gruppen erhöht, insbesondere in der Region Xinjiang, wo Uiguren und andere Menschen in Haftanstalten festgehalten und unterdrückt werden. Auch die Proteste in Hongkong 2014 wurden niedergeschlagen, sodass das Prinzip von „Ein Land – zwei Systeme“ faktisch aufgegeben wurde. Dies war eine völlige Kehrtwende gegenüber

dem früheren Trend zum gemäßigten Autoritarismus.

Die Frage, wie man auf die immer mächtiger werdende Kommunistische Partei reagieren soll, ist für Japan zu einem wichtigen Thema geworden. In der Vergangenheit hat Japan oft eine verhältnismäßig tolerante Haltung gegenüber den Menschenrechtsfragen und Regierungssystemen in China eingenommen. Die chinesische Staatsgewalt erstreckt sich jedoch auch auf japanische Staatsangehörige in China sowie chinesische Staatsangehörige in Japan und es wurden bereits Geschäftsleute, Forschende und andere Personen in Folge inhaftiert. So sieht Japan sich allmählich gezwungen, in diesem Zusammenhang stärker aktiv zu werden.

Zum Abschluss

Vor dem Hintergrund des Aufstiegs Chinas haben sich die japanisch-chinesischen Beziehungen stark gewandelt. Japan befand sich sowohl aus geografischer als auch aus politischer, wirtschaftlicher und militärischer Sicht in einer Position, in der es zügig auf die zahlreichen Herausforderungen reagieren musste, die der Aufstieg Chinas mit sich brachte. So stellt Japan inzwischen einen fortschrittlichen Staat in Hinblick auf die Chinaproblematik dar.

Die japanisch-chinesischen Beziehungen erlebten zwischen den 1970er und 1990er Jahren eine Ära der Freundschaft, gerieten jedoch seit Ende der 1990er

bis Mitte der 2000er Jahre aufgrund der Veränderungen nach dem Kalten Krieg in eine Phase der Instabilität, in der die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit zunahm. Gleichzeitig tauchten historische Streitfragen auf und die politischen Beziehungen kamen immer mehr ins Wanken, was dem japanisch-chinesischen Verhältnis die Beschreibung „kühle politische und heiße wirtschaftliche Beziehung“ verlieh. Der Zeitraum ab 2010 wird von Konflikten im Zusammenhang mit Sicherheitsfragen dominiert. Die wirtschaftliche Interdependenz stellt kein Sicherheitsventil mehr dar, sondern ist stattdessen zum Druckmittel geworden.

Die zweite Regierung unter Premierminister Abe stellte die China-Politik in den Mittelpunkt ihrer Diplomatie und, während sie zum Ausgleich gegenüber China u. a. die Stärkung der eigenen Verteidigung sowie der japanisch-amerikanischen Allianz und des FOIP-Konzepts vorschlug, bemühte sie sich um eine Stabilisierung der Beziehungen zu China, um wirtschaftliche Vorteile zu erzielen und eine endgültige Konfrontation zu vermeiden. Die Regierungen unter Premierminister Suga und Premierminister Kishida haben die China-Politik der Regierung unter Premierminister Abe übernommen und sich darauf konzentriert, den Druck der chinesischen Seite auszugleichen, während die bilateralen Beziehungen stabilisiert werden sollen, um zu verhindern, dass der gegenseitige Wettkampf außer Kontrolle gerät. Es tauchen jedoch stetig

neue Herausforderungen auf – darunter die Taiwan-Frage, die wirtschaftliche Sicherheit sowie Menschenrechtsprobleme. Daher lässt sich eine Diskussion darüber, ob dies Änderungen in der China-Politik erfordern wird, vermutlich nicht vermeiden.

Literaturangaben

Michael J. Green (2022), *Line of Advantage: Japan's Grand Strategy in the Era of Abe Shinzō*, New York: Columbia University Press

Ryosei Kokubun (2021), *Japan-China Relations through the Lens of Chinese Politics*, Tokyo: Japan Publishing Industry Foundation for Culture

Ryosei Kokubun, Yoshihide Soeya, Akio Takahara, and Shin Kawashima (2017), *Japan-China Relations in the Modern Era*, Translated by Keith Krulak, London: Routledge

Sheila A. Smith (2015), *Intimate Rivals: Japanese Domestic Politics and a Rising China*, New York: Columbia University Press

Tsuyoshi Sunohara (2020), *Fencing in the Dark: Japan, China, and the Senkakus*, Tokyo: Japan Publishing Industry Foundation for Culture

Shinji YAMAGUCHI



Shinji Yamaguchi ist Senior Research Fellow in der Abteilung für regionale Studien des National Institute for Defense Studies (NIDS) des japanischen Verteidigungsministeriums in Tokio und war Gastwissenschaftler am Sigur Center for Asian Studies der George Washington University. Seine Spezialgebiete sind die chinesische Politik, die Sicherheitspolitik Chinas und die zeitgenössische chinesische Geschichte. Er erwarb seinen B.A., M.A. und Ph.D. an der Keio-Universität. Zu seinen Veröffentlichungen gehören „Strategies of China's Maritime Actors in the South China Sea: A Coordinated Plan under the Leadership of Xi Jinping?“ *China Perspective*, No.3, 2016; *Mo Takuto no Kyokoku ka Senryaku* (Mao's Grand Strategy to Build Strong Country), Tokyo: Keio University Press, 2021. Er ist Mitautor des *NIDS China Security Report 2012, 2013, 2016, 2017, 2018 und 2023*.